

„Bolkesteinrichtlinie“:

Angriff auf soziale Rechte!

Veranstaltungen zur EU-Dienstleistungsrichtlinie

Freitag, 3. Februar 2006, 20 Uhr

im DGB-Haus, Obere Masch 10, am Platz der Synagoge, Göttingen

„Tarifpolitik - Welche Verteilungskämpfe in Europa kommen mit der Bolkesteinrichtlinie auf uns zu“

Referat von **Bernd Schneider** mit anschließender Diskussion

Nach dem sogenannten "Herkunftslandprinzip" sollen Firmen, die in einem anderen EU-Land Dienstleistungen erbringen, hinsichtlich der Zulassungsvoraussetzungen und auch hinsichtlich der sozial- und arbeitsrechtlichen Bestimmungen lediglich den Regeln des Landes unterworfen sein, in dem sie ihren Sitz haben, aber nicht den Bestimmungen des Landes, in dem sie tätig werden. Dies würde ein europaweites Lohn- und Sozialdumping zur Folge haben und ein EU-weiter "Wettbewerb" um die niedrigsten Zulassungs-, Umwelt- und Verbraucherschutzstandards würde in Gang gesetzt werden. Zwar wurde der erste EU-Entwurf dieses Prinzips abgemildert, doch die als "Liberalisierung" gekennzeichnete Zumutung für Lohnabhängige bleibt grundsätzlich erhalten. Bernd Schneider - der Mitarbeiter von Gabi Zimmer in der Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordisch-Grünen Linken im EU-Parlament ist - wird u.a. auf diese Problematik näher eingehen.

Dienstag, 7. Februar 2006, 19.30 Uhr

im DGB-Haus, Obere Masch 10, am Platz der Synagoge, Göttingen

Auswirkungen der EU-Politik auf soziale Dienstleistungen

Referat von **Jürgen Klute** mit anschließender Diskussion

Die Bolkesteinrichtlinie ist mittlerweile vielen Menschen ein Begriff für den Abbau sozialer Rechte - dies ist nicht zuletzt ein Erfolg der vielfältigen Proteste. An diesem Abend geht es darum, welche Rolle diese Richtlinie im Gesamtzusammenhang der EU-Wirtschaftspolitik spielt. V.a. am Beispiel Sozialer Dienstleistungen und gemeinnütziger Organisationen lässt sich aufzeigen, welche Auswirkungen die EU-Dienstleistungsregelungen bereits jetzt schon haben und was sich durch Bolkestein verändern würde. Wie ist vor diesem Hintergrund der bisherige Verlauf der EU-Verhandlungen zu bewerten und was können Proteste bewirken?

Jürgen Klute ist Sozialpfarrer aus Herne und Mitglied der Europa-AG der WASG/NRW.

Veranstalter/innen:

DIE LINKE. Ratsfraktion und Kreisverband Göttingen

**Sozialforum Göttingen
Bündnis Montagsdemos**

Am 14. Februar soll im EU-Parlament die sogenannte "Dienstleistungsrichtlinie" der EU in erster Lesung beraten und beschlossen werden. Aus diesem Anlass haben zahlreiche Gewerkschaftsorganisationen, soziale Bewegungen, sowie das globalisierungskritische Netzwerk Attac zu **zentralen Demonstrationen am 11. bzw. 14. 2. in Straßbourg** aufgerufen. Für den 11.2. haben das Aktionsbündnis Sozialproteste und Attac eine Busfahrgelegenheit von Göttingen nach Straßbourg organisiert. (Abfahrt 7.30 Uhr von der Zoologie am Bahnhof; Fahrkarte 20 €, ermäßigt 10 €: Anmeldung bei Edgar Schu: 9964381). Verdi und Attac rufen am **11.2. zu einer Demonstration in Berlin** auf. Von Kassel und Göttingen bietet der DGB Busfahrgelegenheiten nach Berlin. (DGB Göttingen: 44790)

**Folgende Resolution des Rates der Stadt Göttingen
zur EU-Dienstleistungsrichtlinie (Bolkestein-Direktive)
wurde am 11.03.05 auf Antrag der PDS einstimmig beschlossen:**

Der Rat der Stadt Göttingen fordert die Europäische Kommission auf, den EU-Dienstleistungsrichtlinienvorschlag umgehend zurückzuziehen.

Weil die sogenannte Bolkestein-Richtlinie direkte Auswirkungen auf das Dienstleistungsgewerbe in den Kommunen, und somit auch in Göttingen, hat, fordert der Rat der Stadt die Bundesregierung und den Bundesrat, die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament (EP) auf, diesen Richtlinienvorschlag abzulehnen.

Der Rat der Stadt Göttingen übermittelt seine EntschlieÙung dem Landtag und der Landesregierung von Niedersachsen, dem Bundestag, der Bundesregierung und dem Bundesrat, dem Rat der Europäischen Union, dem Präsidenten des Europäischen Parlaments, der Europäischen Kommission, dem Wirtschafts- und Sozialausschuss im EP sowie den bundesdeutschen Abgeordneten des Europäischen Parlaments.

Zur Begründung hieß es:

Der Richtlinienentwurf ist äußerst unausgewogen und verletzt in erheblicher Weise das im Vertrag über die Europäische Union verankerte Subsidiaritätsprinzip:

- er schafft mit der breiten Verankerung des Herkunftslandprinzips ungleiche Wettbewerbsbedingungen für Dienstleistungen im europäischen Binnenmarkt, durchlöchert das einheitliche Recht der Mitgliedstaaten und organisiert so einen Wettlauf der mitgliedstaatlichen Rechtssysteme um niedrige Qualitäts-, Arbeits-, Sozial- Verbraucherschutz- und Umweltstandards;
- er unterwirft wesentliche Leistungen der Daseinsvorsorge (Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft usw.), soziale Dienste und durch Sozialversicherungen geregelte Dienstleistungen (Gesundheitsdienste, Pflege) einer allgemeinen Liberalisierung und greift damit tief in die Kompetenzen der Mitgliedstaaten, ihrer regionalen Untergliederungen und Kommunen ein, diese Leistungen eigenverantwortlich zu regeln;
- er verzichtet auf eine sozialpolitische Regulierung des Dienstleistungsbinnenmarkts und macht eine effektive Kontrolle der Einhaltung des geltenden deutschen und EU-Rechts zur Arbeitnehmerentsendung unmöglich;
- er erschwert eine effektive Wirtschafts- und Unternehmensaufsicht und bietet unzureichende Vorkehrungen zur Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität.

www.linkspartei-goettingen.de

Aufruf des Aktionsbündnisses Sozialproteste

Auf zum europäischen Widerstand gegen den EU-Sozialkahlschlag!

Aufruf zur Europäischen Demonstration am Samstag, 11.2.2006 in Strasbourg!

Gemeinsamer europäischer Widerstand hat am 19. März der EU-Dienstleistungsrichtlinie eine europaweite Absage erteilt. Diese scharfe Absage wurde durch die Ablehnung der EU-Verfassung durch Frankreich und Holland erneut bestätigt und bekräftigt.

Aber die EU-Kommission hält nichts von Demokratie und der Ablehnung durch die Betroffenen. Jetzt soll doch noch die Bolkesteinrichtlinie zum Beschluss erhoben werden.

Die Ablehnungsgründe haben sich im Kern so wenig verändert wie die Richtlinie selbst. Für 50% des EU-Bruttoinlandsproduktes und 60% der EU-Beschäftigten soll der Wettlauf um die Absenkung sozialer, kultureller, Arbeitssicherheits- und Umweltstandards auf das niedrigste europäische Niveau freigegeben werden.

Im Gegenzug für grenzenlose Freiheit für Dienstleistungsunternehmen sollen Erwerbslose und Beschäftigte durch weitere scharfe Einschnitte existentiell bluten, die Armutsspirale soll sich noch schneller in den Abgrund drehen.

Soziale Bewegung und Gewerkschaften wollen diese EU-Dienstleistungsrichtlinie stoppen. Mit einer gemeinsamen europaweiten Großaktion am Samstag, 11. Februar 2006, in Strasbourg - als Protestauftakt für das Frühjahr 2006.

Schon am Tag der ersten Lesung, am Dienstag, 14. Februar 2006, sind weitere Aktionen geplant.